

K1

Piratenpartei Deutschland Berlin • Pflugstr. 9 A • 10115 Berlin

Deutscher Bundestag
Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages
Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 23. November 2020

Antrag

Sehr geehrter Herr Präsident des Deutschen Bundestages Dr. Wolfgang Schäuble,

angesichts der Einschränkungen, die aus der gegenwärtigen Pandemielage hervorgehen und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch längerfristig bestehen bleiben werden, und der Tatsache, dass § 52 Erlass von Rechtsverordnungen, Absatz 17 (4) des Bundeswahlgesetz (BWG) eine Rechtsvorschrift speziell für den Fall von „Naturkatastrophen und ähnlichen Ereignissen“ vorsieht, bitten wir Sie, unseren folgenden Vorschlag zu erwägen und umzusetzen.
So kann sichergestellt werden, dass die demokratischen Wahlgrundsätze, wie Sie im deutschem Recht vorgesehen sind, auch in diesem Jahr für alle Parteien gewahrt bleiben, die gezwungen sind, zur Zulassung ihrer Wahlvorschläge Unterschriften zu sammeln. Da die aktuelle Rechtsprechung dieser Argumentation folgt, möchten wir Sie dringend bitten, den folgenden Antrag beschleunigt zu behandeln, um auf Bundesebene eine Rechtssicherheit für die betroffenen Parteien zu ermöglichen. Auf diesen Sachverhalt hatten wir bereits im Mai 2020 in unserem Schreiben an Sie und an den Herrn Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel hingewiesen.

Antrag:

Der Bundeswahlleiter möge, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, gemäß Paragraph § 52 Erlass von Rechtsverordnungen, Absatz 17 (4) des Bundeswahlgesetz (BWG) folgendes beschließen:

1.) Für Wahlkreisvorschläge oder Landeslisten ist auf die sonst nach den Gesetzen und Vorschriften notwendigen Unterstützerunterschriften für die Bundestagswahl 2021 zu verzichten.

Hilfsweise

2.) ist für alle Parteien und Gruppierungen, die rechtmäßig an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen haben, auf Unterstützerunterschriften für Wahlkreisvorschläge und Landeslisten zur Bundestagswahl 2021 zu verzichten.

PIRATENPARTEI

Deutschland Berlin
Landesgeschäftsstelle

Pflugstr. 9 A
10115 Berlin

Telefon +49 30 609 822 88-0
Telefax +49 30 609 822 88-9
E-Mail lgs@berlin.piratenpartei.de
Internet berlin.piratenpartei.de

Bankverbindungen

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Inhaber Piratenpartei LV Berlin
IBAN DE53 4306 0967 1103 7132 00
BIC GENODEM1GLS

Beitragskonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Inhaber Piratenpartei Deutschland
IBAN DE79430609677006027902
BIC GENODEM1GLS
Zweck MB2020 <Mitgliedsnummer>

Vorstand

E-Mail:
vorstand@berlin.piratenpartei.de

Simon Kowalewski

Vorsitzender
E-Mail:
kowalewski@piratenpartei.berlin

Alexander Spies

Stellvertretender Vorsitzender
E-Mail:
aspies@piratenpartei.berlin

Achim Weinberger

Schatzmeister
E-Mail:
weinberger@piratenpartei.berlin

Marlene Cieschinger

Generalsekretärin
E-Mail:
cieschinger@piratenpartei.berlin

Franz-Josef Schmitt

Politischer Geschäftsführer
E-Mail:
schmitt@piratenpartei.berlin

Michael Delfs

weiteres Vorstandsmitglied
E-Mail:
delfs@piratenpartei.berlin

André Lefebvre

weiteres Vorstandsmitglied
E-Mail:
lefeber@piratenpartei.berlin

Wieland Wilkniss

weiteres Vorstandsmitglied
E-Mail:
wilkniss@piratenpartei.berlin



Hilfsweise

3.) ist die Zahl der notwendigen Unterstützerunterschriften nach Gesetz oder Verordnung zur Bundestagswahl 2021 auf höchstens 25 % der üblicherweise notwendigen Anzahl zu begrenzen; in diesem Falle sollte auch § 54 (2) Fristen, Termine und Form, derart ergänzt werden, dass Unterstützerunterschriften auch per Fax oder einer sonstigen elektronischen Form geleistet werden können.

Begründung:

Derzeit stehen der Sammlung von Unterstützerunterschriften höchst unterschiedliche Vorschriften und Verordnungen der Bundesländer zu Covid 19 entgegen. Ebenso werden die Parteien an der Sammlung durch ihre Sorge um die eigene Gesundheit und die Gesundheit der Unterstützer beeinträchtigt. Es ist für die nähere Zukunft, letztlich bis zum endgültigen Termin der Abgabe der Unterstützerunterschriften, nicht absehbar, ob überhaupt ein Sammeln möglich ist. Nur durch die Anwendung einer der oben genannten Maßnahmen ist allen Parteien und Gruppierungen ihre grundgesetzlich garantierte Teilnahme an der Bundestagswahl möglich. Die Herabsetzung der Anzahl notwendiger Unterstützerunterschriften ist in den Vorschriften einiger Bundesländer vorgesehen und wird bereits gerichtlich eingefordert. Die Rechtsgrundlage ist durch § 52 Erlass von Rechtsverordnungen, Absatz 17 (4) des Bundeswahlgesetz (BWG) gegeben.

Freundliche Grüße

Für den Vorstand der Piratenpartei Deutschland Berlin

Alexander Spies
Stellvertretender Vorsitzender

Nachrichtlich an die Fraktionen des Deutschen Bundestages und den
Petitionsausschuss